

TI_GERICHTE 38.2005.79 vom 5. November 2004

TI Tribunale d'appello, 2004-11-05, IT

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_38.2005.79_d20041105

FR: TI_GERICHTE 38.2005.79 du 5 novembre 2004

IT: TI_GERICHTE 38.2005.79 del 5 novembre 2004

Regeste

Applicabilità del diritto CH nel caso di un cittadino italiano che, prima di iscriversi al collocamento, ha svolto un'attività subordinata in CH. Rifiuto del diritto a ID perché ass. non prova la residenza in CH. Obbligo di collaborare - conseguenze mancata prova - verosimiglianza preponderante.

Erwägungen

E. 8

Abs. 1 lit. c AVIG in der Schweiz gewohnt habe. Diese Auffassung vertritt auch das seco in seiner Vernehmlassung. Es geht unter Berufung auf das Urteil M. vom 27. Juni 2000, C 313/99, davon aus, dass entscheidend sei, ob sich die versicherte Person an denjenigen Tagen, für die sie Leistungen beanspruche, tatsächlich in der Schweiz aufgehalten habe. 6.2 Das "Wohnen" in der Schweiz im Sinne von Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG ist nicht im Sinne des zivilrechtlichen Wohnsitzes zu verstehen, sondern setzt den gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz voraus; verlangt werden der tatsächliche Aufenthalt in der Schweiz und die Absicht, diesen Aufenthalt während einer gewissen Zeit aufrechtzuerhalten und hier in dieser Zeit auch den Schwerpunkt der Lebensbeziehungen zu haben (BGE 125 V 466 Erw. 2a, 115 V 448; Urteile S. vom 26. Mai 2003, C 226/02, Erw. 1.1 und 2.2, F. vom 9. April 2003, C 121/02, Erw. 2.2, S. vom 13. März 2002, C 149/01, Erw. 2, P. vom 31. Juli 2001, C 303/00, Erw. 2, Erbegemeinschaft A. vom 19. April 2001, C 330/99, Erw. 3c). Zweck dieses Erfordernisses ist es, die Kontrolle der Anspruchsvoraussetzungen zu ermöglichen (BGE 125 V 468 Erw. 5, 115 V 449; erwähnte Urteile C 226/02, Erw. 1.1, C 121/02, Erw. 2.2, sowie C 330/99 Erw. 3c und 3h). 6.3 Zwar verbietet es diese Zwecksetzung, die zu Art. 42 Abs. 1 AHVG ergangene Rechtsprechung, wonach das Aufenthaltsprinzip bestimmte kurz- oder längerfristige Auslandsaufenthalte zulässt (BGE 111 V 182 f.), unbesehen auf Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG zu übertragen (erwähntes Urteil C 330/99, Erw. 3h; vgl. auch BGE 115 V 449). Doch ist, wie schon aus dem in der Rechtsprechung verwendeten Ausdruck "gewöhnlicher Aufenthalt" folgt, auch im Rahmen von Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG nicht ein ununterbrochener tatsächlicher Aufenthalt im Inland erforderlich (vgl. erwähntes Urteil C 153/03, Erw. 3; Rubin, a. a. O., S. 117; vgl. auch - e contrario - erwähnte Urteile C 149/01, Erw. 3, und C 330/99, Erw. 3g am Ende). Das Fortdauern des gewöhnlichen Aufenthalts in der Schweiz setzt aber unter anderem voraus, dass trotz Unterbrüchen des tatsächlichen Aufenthaltes weiterhin eine enge Verbindung mit der hiesigen Arbeitswelt besteht (nicht veröffentlichtes Urteil G. vom 30. November 1999, C 183/99; vgl. auch BGE 125 V 469). Keinesfalls genügt es für die Bejahung eines gewöhnlichen Aufenthalts, wenn sich der Bezug zur Schweiz auf die regelmässige Rückkehr zwecks Erfüllung der Kontrollvorschriften beschränkt (z. B. nicht veröffentlichtes Urteil H. vom 30. Dezember 1997, C 272/96). 6.4 Davon, dass ein Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung nicht von

vornherein auf jene Tage beschränkt ist, an denen sich die betroffene Person tatsächlich in der Schweiz aufhält, ging das Eidgenössische Versicherungsgericht insbesondere im bereits erwähnten Urteil I. vom 22. September 2003, C 153/03, aus. Dieses betrifft einen Bühnenbildner, der ab 1. Juli 2001 aufgrund eines einjährigen Dienstvertrages an einem deutschen Theater zu einem für die Bestreitung der Lebensunterhaltskosten nicht ausreichenden Lohn arbeitete und in Deutschland auch über eine Wohnung verfügte bzw. eine solche mitbenutzte, dabei aber aufgrund seines eher seltenen Berufs und seines fortgeschrittenen Alters sich weiträumig bewerben und bereit sein musste, im deutschsprachigen Raum eine zweite Arbeitsstelle anzunehmen, im Oktober 2001 eine medizinische Behandlung in der Schweiz durchführen liess und von Januar bis März 2002 ein Engagement an einem in der Schweiz gelegenen Theater eingehen konnte. Streitig war, ob der Betroffene von Juli bis Dezember 2001 im Sinne von Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG in der Schweiz wohnte. Das Eidgenössische Versicherungsgericht wies die Sache ans kantonale Gericht zurück, damit dieses hinsichtlich des gewöhnlichen Aufenthalts bzw. Lebensmittelpunkts in der fraglichen Zeit weitere Abklärungen treffe und hernach über die Beschwerde neu entscheide. Wäre ein gewöhnlicher Aufenthalt und damit das Wohnen in der Schweiz im Sinne von Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG allein wegen des mit dem ausländischen Arbeitsort verbundenen Auslandsaufenthalts zu verneinen gewesen, hätten sich Abklärungen zur Frage des Lebensmittelpunktes erübrigt. 6.5 Vorliegend von der im Urteil C 153/03 gewählten Auslegung abzuweichen, besteht kein Anlass. Den gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz bei einer Person, die, ohne von der Möglichkeit des Art. 69 Abs. 1 der Verordnung Nr. 1408/71 Gebrauch gemacht zu haben, einen Zwischenverdienst im Ausland erzielt, bei in der Schweiz verbleibendem Schwerpunkt der Lebensbeziehungen einzig wegen des durch diese Erwerbstätigkeit bedingten vorübergehenden Auslandsaufenthalts zu verneinen, liefe nämlich darauf hinaus, eine Person nur deshalb mit einem Rechtsnachteil zu belegen, weil sie mit einem ausländischen statt inländischen Zwischenverdienst den Erwerbsausfall mindert und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Dies liesse sich nach dem in Erw. 5.4 hievorigen Gesagten mit dem verfassungsmässigen Gebot der rechtsgleichen Behandlung nicht vereinbaren. Demnach kann an dem vom *seco* zitierten (älteren) Urteil C 313/99, soweit sich diesem eine vom Urteil C 153/03 abweichende Auslegung entnehmen lässt, nicht festgehalten werden. 6.6 Was den vorliegend zu beurteilenden Sachverhalt betrifft, so arbeitete die Beschwerdeführerin in den Monaten Oktober bis Dezember 2002 in Deutschland als Schauspielerin für die Firma X._____. In der Bescheinigung über Zwischenverdienst für den Monat Oktober 2002 wurde angegeben, die Versicherte werde voraussichtlich bis Ende November 2002 weiter beschäftigt. Sowohl in der November- als auch in der Dezember-Bescheinigung wurde die Frage, ob die Versicherte noch weiter beschäftigt werde, verneint, die Frage, wer gekündigt habe, durchgestrichen und als Grund der Vertragsauflösung "Ende des Vertrages" genannt. Aus diesen drei Zwischenverdienstbescheinigungen ist zu schliessen, dass es sich - wie bei Filmproduktionen zu erwarten - nicht um eine auf längere Zeit angelegte Anstellung, sondern um einen (vielleicht nach einer anfänglich noch kürzeren Laufzeit) zunächst bis Ende November befristeten und anschliessend um wenige Wochen verlängerten Vertrag handelte. Die Versicherte suchte während ihres vorübergehenden Auslandsaufenthaltes weiterhin auch in der Schweiz nach einer Stelle. Unter diesen Umständen kann in Ermangelung von Anhaltspunkten dafür, dass der Aufenthalt in Deutschland anderen Zwecken als der Ausübung des Zwischenverdienstes gedient hätte, nicht angenommen

werden, der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der Versicherten habe sich während des streitigen Zeitraums nicht mehr in der Schweiz befunden und die Versicherte habe keine enge Verbindung mit der schweizerischen Arbeitswelt mehr aufgewiesen. Dies gilt umso mehr, als die Beschwerdeführerin gemäss ihren glaubhaft erscheinenden und von keiner Seite angezweifelten Angaben in Deutschland in Hotels übernachtete und insbesondere an den Wochenenden an ihren schweizerischen Wohnort zurückkehrte, wo sie ihre Beziehungen zu Familie, Partner und Freundeskreis aufrechterhielt. Der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts lag demnach nach wie vor in der Schweiz, sodass ein Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung für die Zeit vom 1. Oktober 2002 bis zum 22. Dezember 2002 auch nicht mit der Begründung verneint werden kann, die Beschwerdeführerin habe die in Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG vorgesehene Voraussetzung des Wohnens in der Schweiz nicht erfüllt. (...)" (cfr. STFA del 6 marzo 2006 nella causa B., C 290/03) Su questo tema vedi pure la STFA del 12 aprile 2006 nella causa T., C 339/05. 2.6. Nell'evenienza concreta dagli atti di causa risulta che l'assicurato si è iscritto al collocamento il 1° maggio 2003 rivendicando da quella data il diritto a prestazioni (cfr. doc. 18/CC e 18/LL). Precedentemente l'assicurato, dopo la chiusura degli stabilimenti di _____ della _____ (ditta presso la quale ha lavorato dal 1° gennaio 2001 al 30 giugno 2002), si è trasferito a _____ dove ha lavorato per la _____ dal 1° luglio 2002 al 30 aprile 2003 (cfr. doc. 19/EE, 18/FF e 21). Il 3 aprile 2003 l'assicurato ha sottoscritto un contratto di lavoro a tempo pieno e di durata indeterminata con la _____ (cfr. doc. 18/AA). In particolare il contratto stabiliva la mansione dell'assicurato quale "Quality Assurance Engineer", "la Data di Efficacia" a far tempo dal 2 giugno 2003 e il luogo di lavoro presso la sede della società in _____ con possibilità di chiedere al dipendente di effettuare trasferte all'estero e di distaccarlo presso altri luoghi di lavoro in Italia e all'estero (cfr. doc. 18/AA punti 1, 2 e 4). Dagli attestati di guadagno intermedio per i mesi da giugno 2003 a maggio 2004 risulta che la durata settimanale del lavoro convenuta era di 40 ore e che in tutti quei periodi l'assicurato ha sempre effettuato un numero di ore maggiore rispetto a quanto pattuito (cfr. doc. 18/T, 18/S, 18/R, 18/Q, 18/P, 18/O, 18/N, 18/M, 18/L, 18/I, 18/H e 18/G le risposte ai punti 6 e 7). Nel verbale di audizione 27 agosto 2004 dell'assicurato si legge, tra l'altro, che: " (...) Dove risiede normalmente dal 1° maggio 2003? adr.: a _____ in _____. Di quanti locali è composto l'appartamento di _____? qual è l'affitto mensile? vi è un contratto di locazione? chi ha stipulato il contratto di locazione? adr: si tratta di un appartamento con due locali, la cucina e il bagno. Non pago nessun canone di locazione in quanto l'appartamento è in condominio ed è di proprietà del suocero di un mio coinquilino, signor _____. Non vi è nessun contratto di locazione. Dividiamo le spese accessorie. Vive da solo nell'appartamento di _____? adr: no, divido l'appartamento con il signor _____, il signor _____ e il signor _____. Ci sono due posti letto nella camera matrimoniale e due nel soggiorno. I locali sono ampi (55mq). Io dormo nel soggiorno. (...) Dove risiede la sua famiglia? adr.: a _____ in _____. Qual'è l'attività di sua moglie? I figli vanno a scuola? Dove? adr.: inizierà il 1°settembre presso la scuola elementare _____ di _____. I miei figli inizieranno il 6 settembre 2004. Quale è la sua giornata tipo durante la disoccupazione? adr.: ho iniziato un'attività salariata un mese dopo la mia iscrizione per il collocamento. Ho un contratto a tempo indeterminato dal 1° giugno 2003. L'attività è svolta a tempo pieno a _____. Si reca spesso in Italia? Durante quale giorni? adr.: lavoro in Italia dal lunedì al venerdì dalle 08.00/09.00 alle 18.00/19.00. Parto da casa verso le 06.45/07.00. Dove soggiorna al termine della propria attività presso la

_____? adr.: a volte passo a casa a _____ poi rientro a _____ e dormo lì e riparto il giorno dopo per il lavoro. Alcune volte mi fermo a dormire a _____, ma in via del tutto eccezionale. Il venerdì sera raggiungo la mia famiglia a _____ e rientro a _____ il lunedì sera al termine del lavoro. Quando rientra in Svizzera? adr.: tutti i giorni alla fine della giornata lavorativa. Qual è la durata settimanale del soggiorno in Ticino? adr.: dal lunedì sera al venerdì sera, sempre a fine lavoro. Come effettua le sue ricerche di lavoro? Da dove vengono spedite? adr.: inoltra spontaneamente delle candidature via e-mail. Non ho mai trovato posti di lavoro vacanti sulla stampa adatti al mio profilo professionale. Ritengo quindi più opportuno inoltrare in forma elettronica. Ho un portatile che uso all'occorrenza (indirizzo di posta elettronica _____). (...)" (cfr. doc. 14) Nel proprio ricorso l'assicurato ha poi, tra l'altro, sostenuto che: "(...) Sottolineo quindi che per tutto il periodo quadro e fino ad Aprile 2005, sono state effettuate delle ricerche di lavoro e, per quanto permesso dalle necessità di lavoro e dalle finanze correnti, ero comunque presente sul territorio al mio domicilio a _____ a prescindere dal ricevimento del GI. 5) La residenza presso l'appartamento di _____, voleva essere temporanea a fronte del desiderio di trovare dimora stabile con tutta la famiglia. I bassi consumi di energia sono il risultato dello sforzo di non gravare sull'ospitalità del Signor _____. (...). 7) Nel Decreto di non luogo a procedere si legge: "dagli atti raccolti non risulta alcuna prova certa ed affidabile che i denunciati non abbiano risieduto nel condominio _____ nei periodi... maggio 2003 - maggio 2004... Sospetti non sono sufficienti ad avvalorare la tesi della Sezione del Lavoro...". E soprattutto: "i fatti a carico dei denunciati hanno comportato accertamenti che comunque non hanno permesso di confortare gli elementi raccolti con il rigore necessario per confermare il contenuto della denuncia. ... devono essere pertanto posti al beneficio del dubbio e deve essere decretato il non luogo a procedere per insufficienza di prove". La Decisione della Sezione del lavoro, prescinde dalle osservazioni sopra menzionate, non fa uso di prove certe ed affidabili (non luogo a proc. p7) e si basa sul criterio di probabilità per giungere alla decisione finale. (...). " (cfr. doc. I) Al riguardo il TCA rileva innanzitutto che per il solo fatto che il magistrato penale abbia concluso che non è provato che l'assicurato non abbia risieduto a _____ (cfr. doc. A2, Decreto di non luogo a procedere del 1° marzo 2005 NLP 845/2005), non è possibile concludere il contrario e meglio che egli vi abbia risieduto. Infatti nel settore delle assicurazioni sociali non si esige la prova piena come il giudice civile o, in modo ancor più rigoroso, il giudice penale, ritenuto che in quest'ultima evenienza per il principio " in dubio pro reo " l'incertezza profitta all'accusato (cfr. DTF 126 V 319 consid. 5a; Piquerez, Procédure pénale suisse, Zurigo 2000, n. 102 pag. 22 e n. 1918 pag. 403). Il TFA ha ricordato questi principi in una sentenza del 15 gennaio 2001 nella causa P.-B., pubblicata in RDAT II-2001 N. 91 pag. 378, e ha sottolineato che conformemente al criterio della probabilità preponderante il giudice delle assicurazioni sociali, dopo un'analisi ed una valutazione oggettiva delle prove, deve seguire quella rappresentazione fattuale che ritiene essere la più verosimile tra i vari scenari possibili. Il signor _____, coinquilino dell'assicurato e genero del proprietario dell'appartamento, è stato sentito personalmente dall'amministrazione il 13 giugno 2005 e in quell'occasione ha, tra l'altro, dichiarato che: "(...) Li pagavo (n.d.r.: si riferisce alle spese per la conduzione dell'appartamento) già prima e posso dire che i signori _____, _____ e RI 1 sono strutturalmente miei ospiti (i signori _____ e RI 1 non sono mai stati molto presenti, soprattutto da quando io sono [n.d.r. recte: in] disoccupazione; sono stati molto saltuariamente nell'appartamento). (...) Da luglio 2004 i signori _____ e RI 1 non sono mai stati presenti nell'appartamento

(_____mai, RI 1 saltuariamente). (...) Per quanto riguarda il signor RI 1, è una mia conoscenza dall'università (egli è più giovane ma abbiamo studiato alla stessa facoltà). (...) I miei tre coinquilini sono venuti da me alla ricerca di un appartamento quando sono rimasti senza lavoro ed erano alla ricerca di un appartamento. Per me la reale condivisione è avvenuta nel settembre 2004 con il signor _____. Con tutti è invece successo, precedentemente, in modo saltuario. Ero già nell'appartamento quando lavoravo alla banca. A luglio ed agosto 2004 c'ero io soltanto. Da settembre 2004 fino ad adesso (eccetto dal 15 dicembre 2004 circa a gennaio 2005, ove sono stato io con la mia famiglia) c'era anche il signor _____. In quattro siamo rimasti soltanto 10 volte circa al massimo. (...)." (cfr. doc. 6/A) Lo stesso assicurato, sentito dalla Polizia Cantonale il 13 dicembre 2004, nell'ambito del procedimento penale avviato presso il Ministero Pubblico di _____, per titolo di infrazione alla LADI, ha, tra l'altro, dichiarato che: " (...) La realtà di oggi è effettivamente cambiata. Io non abito più in quei locali di _____. In detto appartamento non ho nemmeno alcun effetto personale. L'ultima volta che mi sono fermato a dormire a _____ risale al mese di novembre. Mi ero fermato casualmente in quanto mi trovavo a _____ da amici. Ne ho approfittato in quanto era troppo tardi per rientrare a casa. Confermo che negli ultimi mesi mi sono fermato raramente a dormire a _____. Intendo dire da giugno ad oggi. A luglio ero in ferie. Da quel periodo in poi mi era stato negato il diritto al sussidio di disoccupazione e pertanto le mie possibilità di spostamento si erano ridotte. E' anche vero che nei mesi precedenti, durante il mio periodo di disoccupazione, rimanevo poche sere a settimana a dormire a _____. Primo perché nel frattempo avevo un lavoro a _____, questo a partire dal giugno 2003. Secondo per il fatto che a volte rientrare da _____ su _____ era poco pratico. Io ho una famiglia a _____ ed era importante essere assieme a mia moglie ed ai miei figli di 2 e 3 anni. Il verbalizzante mi dice di quantificare queste mie presenze nell'appartamento di _____, dopo il maggio 2003 ed io rispondo che a volte rimanevo due o tre volte a settimana, altre volte meno. La mia presenza si giustificava quando avevo ad esempio dei colloqui per trovare un posto di lavoro o per presentarmi alla cassa disoccupazione o all'URC. (...)." (cfr. doc. XVI/1 sub. inc 38.2005.80, verbale d'interrogatorio di RI 1, 13 dicembre 2004) Ora, da quanto appena esposto non risulta in alcun modo che, durante il termine quadro per la riscossione (meglio dal 1° maggio 2003 al 30 aprile 2005), l'assicurato ha avuto la sua residenza effettiva e stabile a _____. Non solo, il ricorrente non ha neppure provato, e di questo ne deve portare le conseguenze (circa l'obbligo di collaborare e le conseguenze dell'assenza di prova cfr. DLA 2001 N. 12, consid. 2b, pag. 145; STFA del 7 dicembre 2001 nella causa M., U 202/01; STFA del 5 settembre 2001 nella causa C., U 94/01; STFA del 9 maggio 2001 nella causa Z., P 36/00; STFA del 9 maggio 2001 nella causa L., P 52/00; SVR 1995 AHV Nr. 57 pag. 164 consid. 5a; RAMI 1993 pag. 158-159 consid. 3a; DTF 117 V 264 consid. 3b; SZS 1989 pag. 92; DTF 115 V 113; G. Beati "Relazione tra diritto civile e assicurazioni sociali. Introduzione e principi generali. La recente giurisprudenza del TFA.", atti della giornata di studio del 1° giugno 1992, CFPG fascicolo 8, pag. 1 seg. (3). Su questi aspetti, cfr. inoltre: J. L. DUC, "Les assurances sociales en Suisse", Losanna 1995, pag. 827-828 e TH. Locher, "Grundriss des Sozialversicherungsrecht" Berna 1997, pag. 339-341 il quale rileva che "besondere Bedeutung hat die Mitwirkungspflicht dann, wenn der Sachverhalt ohne Mitwirkung der betroffenen Person gar nicht (weiter) erstellt werden kann".), che durante l'asserita residenza a _____ il centro delle proprie relazioni era in Svizzera. Al contrario, alla domanda "Qual è l'attività di sua moglie? I figli vanno a scuola? Dove?" l'assicurato ha

risposto che “Inizierà il 1° settembre presso la scuola elementare _____ di _____ . I miei figli inizieranno il 6 settembre.” (cfr. doc. 14). Lo stesso assicurato ha pure affermato che: “(...) Io ho una famiglia a _____ ed era importante essere assieme a mia moglie ed ai miei figli di 2 e 3 anni. (...)” e, circa le sue presenze a _____ dopo il mese di maggio 2003, ha precisato che “(...) a volte rimanevo due o tre volte a settimana, altre volte meno. La mia presenza si giustificava quando avevo ad esempio dei colloqui per trovare un posto di lavoro o per presentarmi alla cassa disoccupazione o all’URC. (...)” (cfr. doc. XVI/1 sub. inc 38.2005.80, verbale d’interrogatorio di RI 1, 13 dicembre 2004). Va qui ricordato che per concludere circa l’esistenza di un’effettiva residenza in Svizzera in ogni caso non basta che l’assicurato ritorni regolarmente in Svizzera allo scopo di ossequiare i suoi obblighi di disoccupato. Infatti, nella STFA del 6 marzo 2006 nella causa B. (C 290/03) (citata in esteso al consid. 2.5), il TFA si è così espresso: “(...) Das Fortdauern des gewöhnlichen Aufenthalts in der Schweiz setzt aber unter anderem voraus, dass trotz Unterbrüchen des tatsächlichen Aufenthaltes weiterhin eine enge Verbindung mit der hiesigen Arbeitswelt besteht (nicht veröffentlichtes Urteil G. vom 30. November 1999, C 183/99; vgl. auch BGE 125 V 469). Keinesfalls genügt es für die Bejahung eines gewöhnlichen Aufenthalts, wenn sich der Bezug zur Schweiz auf die regelmässige Rückkehr zwecks Erfüllung der Kontrollvorschriften beschränkt (z. B. nicht veröffentlichtes Urteil H. vom 30. Dezember 1997, C 272/96). (...)“ (cfr. la STFA succitata, la sottolineatura è del redattore). In quell’evenienza, la nostra Massima Istanza ha poi concluso per l’esistenza di una residenza in Svizzera ai sensi dell’art. 8 cpv. 1 lett. c LADI considerando in particolare che, a differenza del caso presente, da una parte si trattava di un’occupazione limitata nel tempo e il soggiorno all’estero era momentaneo, dall’altra parte che l’assicurato soggiornava all’estero in Hotel e il fine settimana rientrava in Svizzera dove aveva mantenuto i legami con la sua famiglia e i suoi amici. In simili circostanze, in applicazione dell’abituale criterio della verosimiglianza preponderante valido nell’ambito delle assicurazioni sociali (cfr. STFA del 19 ottobre 2004 nella causa G., C 78/04, consid. 3; STFA del 15 marzo 2004 nella causa P.B., C 292/02; STFA del 24 settembre 2003 nella causa R., C 281/02, consid. 1.3.2; STFA del 2 settembre 2003 nella causa C., U 319/02, consid. 1.3; STFA del 14 aprile 2003 nella causa M., U 165/02, consid. 1.2; STFA del 18 settembre 2001 nella causa W., C 264/99; STFA del 28 novembre 2000 nella causa S., H 407/99, consid. 5b; STFA del 22 agosto 2000 nella causa B., C 116/00, consid. 2b; STFA del 23 dicembre 1999 nella causa F., C 341/98, consid. 3; RDAT II-2001 N. 91 pag. 378; SVR 2001 KV N. 50 pag. 145; DTF 126 V 322 consid. 5a; DTF 125 V 195 consid. 2; SZS 1993 pag. 106 consid. 3a; RCC 1986 pag. 202 consid. 2c, RCC 1984 pag. 468 consid. 3b, RCC 1983 pag. 250 consid. 2b; DTF 115 V 142 consid. 8b, DTF 113 V 323 consid. 2a, DTF 112 V 32 consid. 1c, DTF 111 V 188 consid. 2b; Meyer, "Die Rechtspflege in der Sozialversicherung", in Basler Juristische Mitteilungen (BJM) 1989 pag. 31-32; Scartazzini, "Les rapports de causalité dans le droit suisse de la sécurité sociale", Basilea 1991, pag. 63), viste le risultanze appena riprodotte e alla luce della giurisprudenza citata (cfr. consid. 2.4 e 2.5), questo Tribunale deve concludere che durante il periodo dal 1° maggio 2003 al 30 aprile 2005 l’assicurato non risiedeva in Svizzera ai sensi dell’art. 8 cpv. 1 lett. c LADI. Di conseguenza, secondo questo Tribunale, a ragione la Sezione del lavoro Ufficio giuridico ha stabilito che dal 1° maggio 2003 l’assicurato non adempie i presupposti per poter essere posto al beneficio delle indennità di disoccupazione. La decisione su opposizione impugnata deve pertanto essere confermata.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.